

05.11.84

VP

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

EntschlieBung des Bundesrates zur Änderung des
Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Mainz, den 31. Oktober 1984

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat beschlossen, dem
Bundesrat den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

EntschlieBung des Bundesrates zur Änderung
des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)

zuzuleiten.

Ich bitte, gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundes-
rates die Beratungen des EntschlieBungsantrags in den Aus-
schüssen zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, consisting of a stylized 'W' followed by a large, sweeping loop and a dot.

Anlage

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Personen-
befrderungsgesetzes (PBefG)

1. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, baldmglich den Entwurf für eine Ergänzung des § 2 PBefG vorzulegen. Hierdurch soll die für den öffentlichen Linienverkehr zuständige Genehmigungsbehörde ermächtigt werden, bei Schlerverkehren (§ 43 Nr. 2 PBefG, § 1 Nr. 4 Buchst. d der Freistellungs-Verordnung) die Mitnahme anderer Fahrgäste von der Genehmigungspflicht nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 PBefG freizustellen, wenn dies im öffentlichen Verkehrsinteresse geboten und mit Rücksicht auf bestehende öffentliche Verkehrseinrichtungen wirtschaftlich vertretbar ist.
2. Der Bundesrat hat in seinem Beschluß vom 04.02.1983 (Drucksache 11/83) die Bundesregierung gebeten, eine flexiblere Gestaltung des Genehmigungsverfahrens für den Linienverkehr in die Novellierung weiterer anstehender Regelungen des Personenbeförderungsgesetzes einzubeziehen. Unter Bezugnahme auf diesen Beschluß bittet der Bundesrat die Bundesregierung nochmals, eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes auch zu diesem Komplex vorzubereiten. Hierdurch soll
 - durch eine flexiblere Gestaltung des Konzessionsrechts eine bedarfsgerechte Anpassung der Verkehrsdienste und
 - ber ein Ausschreibungsverfahren eine marktgerechte und kostengünstigere Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrserreicht werden.

...

Begründung:

Zu 1:

In Rheinland-Pfalz haben Modellversuche ergeben, daß die Verkehrsangebote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch die Öffnung von Schulbusverkehren für andere Fahrgäste mit nur geringem Kostenaufwand verbessert werden kann.

Dies gilt insbesondere für verkehrsschwache Teilgebiete des ländlichen Raumes mit schwacher ÖPNV-Dichte.

Nach der derzeitigen Rechtslage setzt die Mitnahme anderer Fahrgäste im Schülerverkehr voraus, daß der Beförderer im Besitze einer Genehmigung für den öffentlichen Linienverkehr ist (§ 2 Abs. Nr. 3 PBefG). Diese ist aber in der Regel bereits an den Träger der öffentlichen Verkehrseinrichtung vergeben.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, der Genehmigungsbehörde geeignete Gestaltungsrechte einzuräumen. Sie soll durch die Änderung des § 2 PBefG die Möglichkeit erhalten, die Mitnahme anderer Fahrgäste in den genannten Schülerverkehren von der Genehmigungspflicht zu befreien. Die Befreiung soll an die Voraussetzung geknüpft werden, daß die Öffnung der Schülerverkehre im öffentlichen Verkehrsinteresse erforderlich ist und mögliche Verkehrseinbußen für den Inhaber der öffentlichen Linienverkehrskonzession wirtschaftlich zumutbar sind.

Zu 2:

Der Bundesrat verfolgt bereits seit längerer Zeit eine flexiblere Gestaltung des Konzessionsrechts. Die Neuregelung soll der Genehmigungsbehörde die Möglichkeit eröffnen, bei Wiedererteilung einer abgelaufenen Linienkonzession ein über eine Ausschreibung ermitteltes wirtschaftlicheres Verkehrsangebot berücksichtigen zu können. Ausschreibungen sind dann angezeigt, wenn der bisherige Konzessionsinhaber neben den Verkehrseinnahmen Ausgleichsleistungen Dritter beansprucht hatte, oder wenn er die Verkehrsleistungen nicht selbst erbracht, sondern einem Auftragsunternehmen übertragen hatte. Die Berücksichtigung wirtschaftlicherer Verkehrsangebote ermöglicht eine verbesserte Verkehrsgestaltung und sichert den Bestand vorhandener Verkehrsangebote. Außerdem liegt die Möglichkeit, daß ein bisheriger Auftragsunternehmer selbst eine Linienkonzession erhält, im mittelständischen Interesse.

Im Zusammenhang mit der zu Ziff. 1 vorgeschlagenen Änderung des Personenbeförderungsgesetzes wird deshalb nochmals an die Ausführung des Beschlusses des Bundesrates vom 04.02.1983 erinnert.

01.03.85

Beschluß

des Bundesrates

zur

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Personenbe-
fderungsgesetzes (PBefG)

- Antrag des Landes Rheinland-Pfalz -

Der Entschließungsantrag ist durch den Beschluß des Bundesrates in seiner 548. Sitzung am 1. März 1985, den Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Personenbefderungsgesetzes (PBefG) gemäß Artikel 76 Abs. 1 des Grundgesetzes beim Deutschen Bundestag einzubringen (siehe Drucksache 479/84 (Beschluß)), erledigt.